



Brüssel, den 15. August 2014
(OR. en)

12506/14

COMEM 145
PESC 859
COHAFA 85

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Rates
vom 15. August 2014
Nr. Vordok.: 12501/14 COMEM 144 PESC 855 COHAFA 83
Betr.: Schlussfolgerungen des Rates zu Irak

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu Irak in der vom Rat am 15. August 2014 angenommenen Fassung.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZU IRAK

Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) am 15. August 2014

1. Die EU bekräftigt erneut ihr entschlossenes Engagement für die Einheit, Souveränität und territoriale Integrität des Irak. Sie äußert ihre tiefen Besorgnisse über die drastische Verschlechterung der Sicherheitslage und der humanitären Lage im Land. Irak ist ein wichtiger Partner, der angesichts der aktuellen schwierigen Umstände entschlossener Unterstützung bedarf.
2. Die EU ist äußerst besorgt über die katastrophale humanitäre Lage und die durch die Angriffe der Organisation "Islamischer Staat im Irak und in der Levante" (ISIL) und anderer mit ihr verbundener bewaffneter Gruppen ausgelöste massive Vertreibung von Zivilisten insbesondere in den nördlichen Regionen. Die Minister weisen auf die große Solidarität der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe hin und begrüßen die Zuweisung zusätzlicher europäischer Mittel sowie die Mobilisierung des Europäischen Notfallabwehrzentrums und die Aktivierung des Katastrophenschutzverfahrens der Europäischen Union auf Ersuchen der irakischen Regierung, um Unterstützung in Form von Sachleistungen auch durch die Einrichtung einer den Bedürfnissen vor Ort angepassten humanitären Luftbrücke in den Nordirak bereitzustellen. Die EU betont, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Zugang zu den bedürftigen Bevölkerungsgruppen – in Einklang mit dem humanitären Völkerrecht – zu erleichtern, und begrüßt die in diesem Zusammenhang von den USA und anderen Partnern unternommenen Anstrengungen.
3. Die EU ist nach wie vor zutiefst besorgt über die Verschlechterung der Sicherheitslage in Irak und verurteilt auf das Schärfste die von ISIL und anderen mit ihr verbündeten bewaffneten Gruppen durchgeführten Angriffe. Darüber hinaus verurteilt die EU die Gräueltaten und Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte, insbesondere gegen religiöse Minderheiten und besonders schutzbedürftige Gruppen. Einige dieser in Irak und Syrien begangenen Taten sind möglicherweise als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen und müssen rasch aufgeklärt werden, damit die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Die EU begrüßt die Anstrengungen der USA, nationale und lokale irakische Stellen bei der Bekämpfung der ISIL zu unterstützen und ist sich der Verantwortung Europas und der internationalen Gemeinschaft bewusst, bei der gemeinsamen Bekämpfung des Terrorismus mit Irak zusammenzuarbeiten.

Der Rat begrüßt ferner den Entschluss einzelner Mitgliedstaaten, dem Ersuchen der kurdischen Regionalbehörden nach rascher Bereitstellung militärischen Materials nachzukommen. Entsprechende Lieferungen werden nach den Kapazitäten und nationalen Rechtsvorschriften dieser Mitgliedstaaten und mit Einverständnis der nationalen Behörden des Irak erfolgen. Die EU wird prüfen, wie die ISIL daran gehindert werden kann, von Erdölverkäufen zu profitieren, und verurteilt diejenigen, die die ISIL unter Verstoß gegen Resolution 1267 des VN-Sicherheitsrats und daran anschließende Resolutionen finanzieren. Die Minister fordern den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, in Erbil stärkere Präsenz zu zeigen.

4. Die EU begrüßt, dass Heider Al Abadi zum designierten Ministerpräsidenten benannt wurde, und sichert ihre weitere Unterstützung für den verfassungsgemäßen Prozess zu. Sie ist zuversichtlich, dass der designierte Ministerpräsident rasch eine neue Regierung bilden wird, die, wie sie hervorhebt, alle Bevölkerungsgruppen vertreten muss, um den Bedürfnissen und legitimen Wünschen aller irakischen Bürger gerecht zu werden. Die EU fordert alle politischen und religiösen Führer sowie die Stammesführer dazu auf, ihren Beitrag zu diesen wichtigen Anstrengungen zu leisten, um die Glaubwürdigkeit der künftigen Regierung zu verstärken und dabei insbesondere den sunnitischen und kurdischen Bevölkerungsgruppen durch ein Verfahren der gegenseitigen Einbindung neues Vertrauen in die demokratischen Einrichtungen zu geben und den Weg für eine politische Lösung der gegenwärtigen Krise zu bereiten.
5. Die EU bringt ihre entschlossene Unterstützung für die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI) zum Ausdruck und appelliert an die Nachbarstaaten des Irak sowie an die anderen Partner, die Zusammenarbeit zu vertiefen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um eine langfristige Lösung der gegenwärtigen Krise zu erleichtern, die gemeinsame Bedrohung durch den Terrorismus zu bekämpfen und sich für den Erhalt eines ungeteilten und demokratischen Irak einzusetzen.